

Anděln Grobelný (Opava)

DAS OSTRUER INDUSTRIEGEBIET IN DER KRIEGSWIRTSCHAFT DES DRITTEN REICHES 1938 - 1945

I. FOLGEN DES MÜNCHNER ABKOMMENS FÜR DAS OSTRUER GEBIET

Das Münchner Abkommen und das Ultimatum der Sanations — Regierung Polens vom 1. Oktober 1938 trugen dazu bei, daß das Ostrauer Industriegebiet in vier Teile zerfiel. Der Kern dieses Gebietes mit der Stadt Mor. Ostrava (Mähr. Ostrau) blieb im Rahmen der restlichen Tschechoslowakei, die Industrieagglomeration um die Städte Bohumín (Oderberg), Karviná (Karwin) und Třinec (Trzinec) wurde vom Sanations — Polen besetzt, das Gebiet von Nový Jičín (Neutitschein) und Opava (Troppau) als Teil des sogenannten Sudetengebietes annektiert und zu dem sich neu formenden Sudetendeutschen Gau angeschlossen, während Hlučín (das Hultschiner Land), als ehemaliger Bestandteil des Deutschen Staates bis 1920, direkt ans Reich angeschlossen, in den Kreis Racibórz (Rattibor) und mit ihm in den Regierungsbezirk Opole (Oppeln) und in die Provinz Schlesien eingegliedert worden ist. Das Ostrauer Industriegebiet verlor auf diese Weise einen beträchtlichen Teil seiner Industriekapazität. Die Besetzung eines Teils vom Kern und des fast gesamten Hinterlandes beeinträchtigte störend die alten traditionellen Bindungen sowohl in der Rohstoffzufuhr als auch in der Ausfuhr fertiger Erzeugnisse, in der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten und betraf auch den Markt der Arbeitskräfte. Das brennendste Problem entstand im Zusammenhang mit den Arbeitskräften und mit manchen inneren Veränderungen in der Ökonomik des Ostrauer Industriegebietes, die sich aus der extensiven Produktionsentwicklung ergaben¹.

Die Gebietsverluste machten sich stark bemerkbar. Vom ökonomischen Standpunkt wirkte sich der Gebietsverlust des industriellen Teschener Landes (Olsagebiet, Zaolzie) besonders katastrophal aus. Es handelte sich um 15 Bergwerke mit einer Gesamtförderung von 7,352 000 Tonnen Kohle, was 56,7% der gesamten Förderung im Revier darstellte. Außerdem gingen in den Besitz des polnischen Staates 5 Kokereien über, die 1,056 000 Tonnen

¹ N. Prokešová, *Následky mnichovské dohody pro ostravskou průmyslovou oblast*. In: Slezský sborník Jg. 67, Opava 1969, S. 1 - 30. Siehe insb. S. 1 - 2.

Koks, eines der vorteilhaftesten Exportartikel, produzierten. In diesen Bergwerken, Kokereien und Brikettfabriken arbeiteten etwa 22 000 Gefolgschaftsmitglieder. In der Eisenindustrie waren etwa 12 000 Menschen beschäftigt, und zwar in den Trzinec Eisenwerken, im Rohrwalzwerk und im Drahtwerk in Nový Bohumín (Neu-Oderberg), in den Eisenwerken und in der Schraubenfabrik in Fryštát (Freistadt), wo jährlich 150 000 Tonnen Draht, Nageln und Röhre natürlich neben einer großen Menge von Roheisen und Stahl produziert wurden. Insgesamt verlor das Ostrauer Industriegebiet mit dem Gebiet von Těšín (Teschen) 318 Unternehmen der eisenschaffenden Industrie. Daneben gab es hier 14 chemische Werke, von denen die Hälfte mehr als 50 Arbeiter hatte, was insgesamt etwa 1000 berufstätige Menschen repräsentiert, und darüberhinaus eine Reihe von kleineren Textil-Holzverarbeitenden- und Nahrungsmittelfabriken nebst weiterer Industriebetriebe².

Der Anschluß des sogenannten Westschlesiens und des Gebietes von Nový Jičín (Neutitschein) an den Sudetengau stellte zwar große Gebietsverluste dar, jedoch viel kleinere Verluste an Industriepotential. In den sogenannten Sudetengau kamen Industriegebiete der Textilindustrie und des Maschinenbaus in Nový Jičín (Neutitschein), Příbor (Freiberg), Kopřivnice (Nesselsdorf), Studénka (Stauding), Bílovec (Wagstadt), Odry (Oder), Fulnek, Opava (Troppau), Kalksteinbruch in Stramberg, woher die Eisenwerke Vítkovice alljährlich 30 000 Tonnen Kalkstein für die Verarbeitung von Eisen erz gewannen. Auch diese Industrie war von Wichtigkeit, repräsentierte jedoch nur eine ergänzende Produktion, außer der Automobilwerke Tatra in Kopřivnice (Nesselsdorf) und der Wagonfabrik in Studénka (Stauding)³.

Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, daß das Zentrum des Industriegebietes Moravská Ostrava (Mährisch Ostrau) umgeben war von besetzten Territorien. Es war kein Zufall, sondern eine sehr zielbewußte Bestrebung des faschistischen Deutschland den Rest des industriellen Ostrauer Gebietes in seine Zange einzuklemmen, es von einer direkten Verkehrsverbindung mit dem übrigen tschechoslowakischen Gebiet der sogenannten Zweiten Republik abzusperren, und so die Tschechoslowakei abhängig von Deutschland zu machen. Dieses bestätigten auch militärische und diplomatische Aktivitäten, durch die sich die Nazis ihre Interessensphäre gegenüber Polen bereits Ende September 1938 abgrenzten⁴.

² Die wirtschaftliche Bedeutung der Angliederung Olsa-Schlesiens an Polen. Königsberg 1938. — A. Wrzosek, *Ziemia odzyskane Śląska Cieszyńskiego*. In: *Zaranie Śląskie* XV, 1939, Nr. 2 - 4, S. 78.

³ M. Myška, *Ostravsko mezi Mnichovem a 15. březnem*. In: *Slezský sborník* Jg. 61, Opava 1963, S. 262 - 263.

⁴ A. Grobelný, *K velmocenské hře o průmyslové Ostravsko v roce 1938*. In: *Časopis Slezského muzea*, Serie B, XXI, Opava 1972, S. 88 - 93.

Die Einschließung dieses Gebietes und die Unterbrechung aller wichtigen Eisenbahn- und Straßenverbindungen mußte notwendigerweise zur Unterbindung der Lebens- und Wirkungskraft und auch der Selbständigkeit der Ostrauer Industrie führen. Es handelt sich um die Unterbrechung der Nordbahn (Severní dráhy), der Kaschau-Oderberger Bahn (Košicko-Bohumínské dráhy), um die Zerstörung des Netzes von elektrischen Bahnen im ganzen Gebiet, und die Entzweigung der sogenannten Montanbahn (Báňské dráhy), die praktisch alle Bergwerke des Ostrau-Karwiner Bergreviers mit den Eisenbahnstrecken verband. Diese Tatsache deformierte die wechselseitigen Beziehungen beider Teile des Reviers und natürlich auch die Beziehungen und Kontakte der einzelnen Bergwerke. Ebenso war auch die Straßenverbindung Opava—Ostrava—Český Těšín (Troppau—Ostrau—Teschen) und Hranice—Nový Jičín—Místek—Český Těšín (Weißkirschen-Neutitschein—Friedberg—Teschen) unterbrochen. Im Zusammenhang mit dieser Situation gewannen manche bisher zweitrangige Straßen und Eisenbahnverbindungen an ungewöhnlicher Bedeutung⁵.

In jenem Teil des Ostrauer Industriegebietes, das nach dem Münchner Abkommen auf dem Territorium der Tschechoslowakei blieb, gelangen die restlichen Produktionskapazitäten in ernste Produktions- und Absatzschwierigkeiten und auch in Probleme anderer Art, so daß dieses Gebiet vorerst nicht im Stande war die Aufgabe des wichtigsten Industriezentrums des Staates zu erfüllen, wie es vorher der Fall war. Es blieben hier insgesamt 14 Bergwerke mit einer Gesamtproduktion von 4, 816 000 Tonnen Kohle, was 37,3% des ganzen ehemaligen Ostrau-Karwiner Reviers darstellt. Es war bekannt, daß die Steinkohlenlager und die Standzeit einiger Bergwerke bedeutend beschränkt ist, daß in vielen Schichten die Arbeitsbedingungen erschwert sind (die Schichten sind steil und schräg, die Kohlschicht dünn). Die Kohle war meistens koksfähig und minder geeignet für den Bedarf der Industrie, der Eisenbahnen und Gaswerke. Die Tschechoslowakei war nun gezwungen etwa 2 Millionen Tonnen Steinkohle einzuführen. Bedeutend besser sah die Situation in der Koksproduktion aus, denn im Gebiete von Ostrava blieben 65% der ursprünglichen Kapazität, das heißt etwa 2 Millionen Tonnen. Da sich die hiesige Hüttenproduktion zu beschränken hatte, rechnete man mit der möglichen Ausfuhr von 400 000 Tonnen Koks⁶.

Die Karlshütte (Karlova huť) in Lískovec bei Frýdek (Friedeck) war

⁵ *Hospodářský styk Československa se zabraným územím*. Sestavil sekretariát Ústředního svazu československých průmyslníků v Praze. Praha 1938.

⁶ Memorandum ostravsko-karvinského kamenouhelného průmyslu k odstoupení jeho části Polsku. Ostrava, říjen 1938. — Státní ústřední archiv v Praze, Bestand des Ústřední svazu československých průmyslníků, Nr. 203. — Státní archiv Opava, Filiale Olomouc, Bestand der Obchodní a živnostenská komora Olomouc (Handels- und Gewerbekammer Olmütz), nr. 1166.

als Betrieb der Berg- und Hüttengesellschaft (Báňská a hutní společnost) von der Einfuhr der Platineneisen aus Třinec abhängig, die sie zur Erzeugung von Blech benutzte. Ansonsten war es möglich auch in diesem verkleinerten Ausmaß der Hüttenproduktion den Bedarf der restlichen Tschechoslowakei zu decken. Außerdem blieben im tschechoslowakischen Teil des Ostrauer Industriegebietes Betriebe des Vereins für chemische und für Eisenerzeugung (Spolek pro chemickou a hutní výrobu) in Hrušov (Hruschau), die Mährisch-schlesischen chemischen Betriebe, die Tschechoslowakischen Stickstoffwerke, die Teer- und Rußfabrik der Firma Julius Rütgers und manche kleineren Betriebe, die jedoch alle mit Mangel an Rohstoffen zu tun hatten. Sie waren nämlich sowohl von den heimischen Rohstoffquellen, als auch von jenen im besetzten Grenzgebiet und im Ausland getrennt. Im Grunde kann man sagen, daß das Versorgungsproblem betreffs der Rohstoffe alle Produktionsgebiete stigmatisierte⁷.

Wenn die Besetzung des Teschener Landes (Olsagebietes) für das Ostrauer Industriegebiet einen beträchtlichen Verlust des Industriepotenzials bedeutete, so wirkte sich die Okkupation des sogenannten Sudetengebietes im Ostrauer Hinterland und namentlich von Hlučín (Hultschin) vor allem als Verlust des Arbeitskräftereservoirs und auch Reservoirs für landwirtschaftliche Produkte aus. Die Nazis schufen hier eine neue staatsrechtliche, nationale und auch wirtschaftliche Konzeption, die einen unteilbaren Bestandteil und zugleich einen Ausgangspunkt der nazistischen Pläne für die Beherrschung von Europa bildeten. Es handelte sich um die Einführung eines Systems der gesteuerten Wirtschaft, das sich nach und nach vermittels verschiedener ökonomischer Maßnahmen bildete, und das Eingreifen des nazionalsozialistischen Staates in die Struktur und in den Gang der Wirtschaft ermöglichte. Das Planungssystem sollte alle Mittel für die Kriegsproduktion mobilisieren. Die Nazis beschränkten die Aufgabe des Marktes, führten Zwangsarbeiten und Kontrolle über Monopole ein. In dem sogenannten Sudetenlande bildete sich eines der Modelle für ein Okkupationssystem heraus, das mit der Entstehung des Großdeutschen Reiches eben in den Jahren 1938 - 1939 begann⁸.

Die Eingliederung des „sudetendeutschen“ Teiles vom Ostrauer Hinterland in die nazistische Ökonomik war jedoch nicht so einfach. Von Beginn an zeigten sich ernste Probleme und Schwierigkeiten, die aus der Industriestruktur im sogenannten Sudetengebiet hervorgingen, aus seiner schleppenden Krise. Darüber hinaus wirkten sich hier die Folgen der gestörten traditionellen Bindungen aus, auch die Konkurrenz der reichsdeutschen Firmen und nicht

⁷ N. Prokešová, o.c., S. 5 - 6.

⁸ V. Průcha — R. Olšovský, *Vliv nacistické okupace na československé hospodářství*. In: *Nacistická okupace Evropy*, Praha 1966, S. 43 - 103.

zuletzt auch die Arbeitslosigkeit. Hunderte von tschechischen Angestellten und Arbeitern verloren ihre Arbeitsstellen in den Maschinenbaubetrieben in Kopřivnice (Nesselsdorf), Studénka (Stauding), Nový Jičín (Neutitschein) und in Svinov (Schönbrunn), vorläufig wurden sie jedoch nicht aus dem Sudetenland ausgewiesen. Eine andere Art der Beseitigung der Arbeitslosigkeit war die Beschäftigung der Menschen an öffentlichen Arbeiten. So wurde ein großer Teil der Arbeiter in Arbeitslager in Hlučín, Nový Jičín, Staré Město pod Sněžníkem konzentriert. Ähnlich war es auch im Hultschiner Land, wo die nationalsozialistischen Behörden eine Werbungsaktion für Arbeiten im Reich anleiteten. Oft übten sie dabei einen solchen Druck aus, daß man um die Wende 1938 - 1939 bereits von Deportationen sprechen kann. Es handelte sich dabei um einige tausend Arbeiter⁹.

Was die Ökonomik betrifft, zeigte sich immer deutlicher die Unhaltbarkeit der Prosperität und Selbständigkeit der restlichen Tschechoslowakei. In vollem Ausmaß galt es auch für den Kern des Ostrauer Industriegebietes. Manche Institutionen bemühten sich zwar gewisse Elemente der gelenkten Wirtschaft durchzusetzen, jedoch auch das konnte nicht zur sofortigen Lösung der aktuellen Probleme führen. Widersprüche, die auf die Zerrissenheit des Gebietes zurückzuführen waren, galten vorerst vom ökonomischen Standpunkt als unlösbar. Deshalb mußte die Tschechoslowakei mit dem nationalsozialistischen Deutschland ein Übereinkommen über die Handels- und Zollbeziehungen zwischen der ČSR und dem besetzten Grenzgebiet schließen. Ausdruck dieses Übereinkommens war die Reichsregierungsverfügung vom 14. Oktober 1938 und die Verfügung der tschechoslowakischen Regierung vom 25. Oktober 1938, wodurch der Warenimport aus Deutschland und aus der Tschechoslowakei in das besetzte Grenzgebiet auf Basis der Beiderseitigkeit zollfrei und ohne ausgleichende Umsatzsteuer geregelt worden ist. Dies bedeutete jedoch keinesfalls eine Lockerung des Exportes und Importes, sondern eben nur deren Regelung. Zu seiner Realisierung war noch die Genehmigung des Ministeriums für Industrie, Handel und Gewerbe notwendig. Das Genehmigungsverfahren war damals sehr langwierig und bürokratisch, so daß die Kontakte wie im Export so auch im Import auf zahlreiche Komplikationen stießen. Trotz dieser Übereinkommen wurden bereits Anfang Oktober einige Schutzmaßnahmen ergriffen, um die heimische Rohstoffbasis zu schützen. Deshalb war es nicht möglich aus dem Sudetengebiet Textil- und Metallrohstoffe und Halbfabrikate auszuführen¹⁰.

⁹ I. Malá — P. Lesjuk, *Následky mnichovské dohody v čs. pohraničí*. In: Sborník archívních prací, Praha 1959, Nr. 1, S. 3 - 56, hier insbesondere die Dokumente Nr. 17, 36, 37, 38, 40. — M. Myška, o.c., S. 270 u. a.

¹⁰ *Hospodářský styk Československa...*, S. 51 - 52. — Státní archiv Opava, pobočka Olomouc, Bestand der Obchodní a živnostenská komora Olomouc, Nr. 1166, 1739 (Dokument Nr. EO 22551). — N. Prokešová, o.c., S. 13 - 14.

Zum dringlichsten Problem wurde die Beschaffung von Arbeitskräften. Die tschechoslowakische Seite wehrte sich nach dem Zufluß von tausenden Personen aus den besetzten Grenzgebieten auch noch ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Regierungsverordnung vom Oktober 1938 bedeutete eine Beschränkung von Arbeitsverträgen mit Menschen, die nicht auf tschechoslowakischem Gebiet wohnhaft waren. Erst Anfang Januar verwirklichten sich in Berlin Verhandlungen über die Regelung des kleinen Grenzverkehrs zwischen Deutschland und der ČSR. Es wurde dabei die Vereinbarung getroffen, daß einige tausend Personen aus dem besetzten Gebiet täglich in die ČSR ihrer Arbeit nachgehen können. Zu dieser Zeit handelte es sich um etwa 8 400 Arbeiter aus dem Sudetengebiet, dagegen aus Polen nur um 2200. In verkehrter Richtung fuhren täglich nur 150 Personen¹¹.

Außer diesem Beschäftigungsproblem von Menschen aus besetzten Gebieten, erwuchs bald auch das sogenannte Flüchtlingsproblem, daß sich als nicht minder groß erwies. Durch den Zufluß von Flüchtlingen vergrößerte sich die Armee der Arbeitslosen, so daß die tschechoslowakischen Behörden weitere Schwierigkeiten bekamen. Außer Menschen, die vor dem 1. Oktober, beziehungsweise in den ersten Tagen der Besetzung von Grenzgebieten evakuierten, war es unumgänglich, weitere Zehntausende zu beschäftigen oder sozial zu sichern¹².

Auf dem ganzen Ostrauer Gebiet erhöhte sich die Arbeitslosenzahl um mehr als 6200 Personen, was bedeutend mehr als im Oktober 1938 war. Im gewissen Maße hing es mit dem allgemeinen Entwicklungstrend der Tschechoslowakei nach München zusammen, besonders jedoch mit der Faschisierung ihrer Innen- und Außenpolitik. Erwähnt sei die Errichtung von Arbeitslagern und besonders die Anordnung über Strafearbeitslager vom 22. Februar 1939¹³.

Viel erwartete man auch von der Werbung der Arbeitslosen zu Arbeiten nach Deutschland. So wurde im Januar 1939 ein Vertrag über die Vermittlung von Arbeitsplätzen für tschechische Landwirtschafts- und Gewerksarbeiter geschlossen. Diese Werbeaktionen erwiesen sich aber vorerst als ergebnislos und wirkten sich erst nach der Errichtung des Protektorats voll aus¹⁴.

Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten war jedoch nicht die einzige Sorge

¹¹ *Hospodářský styk Československa...*, S. 82. — Státní archiv Opava, pobočka Olomouc, Bestand den Polizeidirektion M. Ostrava, Heft 487, Nr. 392, Heft 560, Nr. 9411, Heft 464, Nr. 1/100. — N. Prokešová, o. c., S. 15.

¹² A. Grobelný, *Polský cukrovarnický kartel a Těšínsko v letech 1938 - 1939*. In: *Slezský sborník* Jg. 72, Opava 1974, S. 233 - 235. — N. Prokešová, o. c., S. 16 - 17.

¹³ N. Prokešová, o. c., S. 19 - 20.

¹⁴ Státní archiv Opava, pobočka Olomouc, Bestand der Obchodní a živnostenská komora Olomouc, Heft. 1207, Nr. 32993/59. — Státní archiv Opava, Bestand der Polizeidirektion M. Ostrava, Heft 470, Nr. 9/1/2, Heft 487, Nr. 3292.

der tschechoslowakischen Behörden im Zusammenhang mit den Flüchtlingen. Man mußte um Unterkunft für Einzelne und für ganze Familien sorgen, um kostenlose Verpflegung für diejenigen, denen es nicht gelang einen Lebensunterhalt zu finden. So mußten im Ostrauer Gebiet große Herbergen als zeitweiliger Zufluchtsort für Flüchtlinge errichtet werden.

Dieser gewaltsame Eingriff in die natürliche Entwicklung des Ostrauer Industriegebietes wirkte sich vor allem im Stand der Produktion aus. Er bedrohte die Ergebnisse in fast allen Industriezweigen in den einzelnen Teilen dieses Gebietes, mögen sie in der ČSR geblieben oder zum faschistischen Deutschland oder zum Sanations-Polen angeschlossen worden sein.

In den Bergwerken des Ostrauer Reviers wirkte sich die Produktionskrise am markantesten aus, und zwar gleich nach der Besetzung. Sie verursachte eine allgemeine Desorientierung, Desorganisation, ein Chaos, auf einigen Bergwerken auch Proteststreike gegen die Okkupation, existenzielle Unsicherheit aller Beschäftigten und andere Faktoren. Im Rest des Industriegebietes kam es bereits im Oktober 1938 zu einem Kohlenförderungsrückgang bis auf 331 000 Tonnen, vorher wurden etwa 400 000 Tonnen gefördert. Jedoch in weiteren Monaten konnte man wieder ein Anwachsen der Förderung verzeichnen, was davon zeugte, daß die Berggewerkschaften die Krise schneller als andere Unternehmen überwinden konnten. Erstens handelte es sich hier um keinen Verlust der Rohstoffquellen, zweitens erhöhte der sich nähernde Winter die Nachfrage nach Kohle auf dem inneren Markt, und schließlich ergab sich als vorteilhaft, daß es hier genügend Arbeitskräfte gab. Bergwerke begannen neue Arbeitskräfte anzustellen, erhöhten die Zahl der Schichten. Zur Förderungserhöhung trugen jedoch keine weiteren Mechanisierungen bei, sondern eine extensive Förderungsweise. Im November 1938 überstieg bereits die Förderung im Rest des Ostrauer Industriegebietes den Durchschnitt und war um 29% höher als im Oktober. Auch die Kokserzeugung stieg. Diese emporsteigende Linie konnte sich auch in den folgenden Monaten erhalten, wenn sie auch nicht so steil war wie im November. Bei Koks war es weit ersichtlicher, wie folgende Tafel erweist¹⁵:

	November	Dezember 1938	Februar	März 1939
Kohle	429 000	489 000	479 300	530 600
Koks	120 500	158 000	156 000	174 800

¹⁵ Státní archiv Opava, Bestand der Polizeidirektion M. Ostrava, Heft 470, Nr. 9/1, 2, 1/2. — Zprávy Ústředního statistického úřadu XX, Heft 45, 46, S. 348, 354, Praha 1939. — Z. Bradáč, *Těžba OKR mezi Mnichovem a 15. březnem 1939*. In: Časopis Slezského muzea, Serie B, XV, Opava 1966, S. 181 ff. — V. Plaček, *Ostravsko-karvinský revír v době nacistické okupace*. In: Ostrava. Sborník k dějinám a výstavbě města. Bd. 4, S. 43 - 80, Ostrava 1967.

Insgesamt wirkte sich also im Jahresdurchschnitt der Förderungsrückgang nicht aus und der Ostrauer Teil des Reviers erreichte für das ganze Jahr 1938 eine Förderung, die seiner Kapazität entsprach.

Viel beträchtlicher waren die Eisenwerke Vítkovice betroffen. Es war der einzige größere Hüttenbetrieb, der auf dem tschechoslowakischen Teil des Ostrauer Industriegebietes zurückblieb. Sein Gang war nicht nur durch den Verlust eines Teiles der Belegschaft und durch Veränderungen in der Struktur der Arbeitskräfte bedroht, sondern vor allem dadurch, daß er an zahlreiche Rohstoffe aus den besetzten Gebieten angewiesen war¹⁶. Was die Rohstahlerzeugung betrifft, verzeichnete sie im Jahre 1938 im Vergleich zu 1937 einen Rückgang um ein ganzes Viertel der Produktion, was einen Verlust von 190 000 Tonnen bedeutete. Ähnliche Deformationen machten sich auch in der Produktion der Hochöfen, der Walz-, Guß- und Kupferwerke bemerkbar.

Der Betrieb, wie wir bereits anführten, war von seinem natürlichen Arbeitskräftereservoir getrennt. Etwa 5000 Arbeiter der Eisenwerke Vítkovice befanden sich nun jenseits der neuen Staatsgrenze, etwa 1000 aus Hlučín stammende Arbeiter kamen nicht mehr auf ihren ursprünglichen Arbeitsplatz zurück¹⁷.

Ende Dezember 1938 verbesserte sich etwas die Absatzsituation der Eisenwerke Vítkovice. Es erhöhte sich die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen, es erhöhte sich der Stand der Beschäftigten, so daß die Betriebsleitung Vorbereitungen treffen konnte zur Eröffnung eines viertens Hochofens, die im Januar 1939 verwirklicht wurde. Zu einer Betriebserweiterung kam es auch im Stahlwerk und im Walzwerk, wo einige Schmelzöfen und Glühöfen in Betrieb gesetzt wurden. Diese erhöhte Produktion sicherte ein ununterbrochener Dreischichtbetrieb.

Auch die anderen Industriebetriebe des restlichen Ostrauer Industriegebietes konnten den Folgen der Krise nicht ausweichen. Nach einem ziemlichen Wanken normalisierte sich jedoch allmählich auch hier die Produktionssituation. Die Karlshütte in Lískovec löste ihre Probleme durch zeitweiliges Entlassen und Aussetzen der Arbeiter auf unbezahlten Urlaub. Ähnlich gingen auch die kleineren Metallwerke in Frýdlant und die Textilindustrie in Frýdek und Místek vor¹⁸.

Die Entwicklung des industriellen Ostrauer Gebietes verlief nach dem Münchner Abkommen im Zeichen zahlreicher ökonomischer Schwierigkeiten. In dieser Hinsicht war es am schlimmsten im letzten Viertel des Jahres 1938.

¹⁶ C. Nečas, *Vítkovické železářny v době národní nesvobody 1938 - 1945*, Ostrava 1970, S. 28.

¹⁷ *Ibidem*, S. 30.

¹⁸ Státní archiv Opava, pobočka Olomouc, Bestand der Obchodní a živnostenská komora Olomouc. Heft 1206, Nr. 35145/39. N. Prokešová, o. c., S. 22.

Der Anfang 1939 brachte eine gewisse Wende, so daß es gelang wenigstens die brennendsten Probleme zu lösen. Der Kern des Ostrauer Industriegebietes und auch die besetzten Teile zahlten dafür mit zerstörten oder verletzten ursprünglichen natürlichen Bindungen. In diese Entwicklung griff auch die politische und wirtschaftliche Entwicklung der restlichen Tschechoslowakei nach München, wie davon die Einführung mancher außerordentlicher ökonomischer und sozialer Maßnahmen zeugt¹⁹.

Die Verbesserung der Situation war ziemlich krampfhaft, denn die geschwächte Tschechoslowakei, in der darüber hinaus auch noch reaktionäre Kräfte an die Macht gelangten, die ihre politische Tätigkeit in steigender Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland bauten, konnte diese Krise nicht überwinden. Das Münchner Abkommen war nämlich nur ein Prolog für die weitere Politik des faschistischen Deutschland. Gebietsforderungen wurden auf die Weise realisiert, daß die ČSR außer Stande war einen selbständigen Weg anzubahnen. Voll bestätigt waren die Vorstellungen nationalsozialistischer Politiker und Ökonomen am 15. März 1939. Die Okkupation der restlichen Tschechoslowakei, des „Rumpfstaaates“, wie die faschistischen Publizisten schrieben, brachte dem Ostrauer Industriegebiet keine Wiederverbindung. Das Gebiet entwickelte sich auch weiterhin in verschiedenen administrativen Verwaltungseinheiten.

II. PROBLEME DER ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG IM OSTRAUER INDUSTRIEGEBIET IN DEN JAHREN DER FASCHISTISCHEN OKKUPATION (15.III.1939 – April 1945)

Wie bereits angeführt worden ist, gelangte das Ostrauer Industriegebiet in den Blickpunkt nationalsozialistischer Politiker und Ökonomen noch vor seiner Okkupation. In diesem Zusammenhang wurde eine Reihe von Konzeptionen über die Form der Eingliederung dieses Gebietes ins Reich geschaffen. Autoren der Vorschläge und Erwägungen waren verschiedene Institutionen und einzelne Politiker und Ökonomen.

Bereits im Aktionsprogramm der Sudetendeutschen Partei aus dem Jahre 1938 wurde erwägt, daß die Gebiete von Krnov (Jägerndorf), Opava (Troppau) und Hlučín (Hultschinerland) mit dem übrigen Schlesien verbunden werden, das Olsa gebiet (Teschen) dagegen sollte in Mähren bleiben²⁰. Bei Olsagebiet führten dazu sprachliche und ethnische Gründe, d.h. die überwiegende Mehrheit tschechischer und polnischer Bewohner, die die sudetendeutschen führenden Parteileute nur ungern im Deutschen Reich gesehen hätten. Dabei

¹⁹ N. Prokešová, o.c., S. 23.

²⁰ *Die Vergangenheit warnt*. Praha 1960, S. 101.

vergaßen sie jedoch die Vorstellungen der sog. Schlonsaken und Teschner Deutschen, die sich mit der Schlesischen Volkspartei und der Persönlichkeit von Josef Koždoň deckten, sie vergaßen auch auf die aus Teschenes Land emigrierten Deutschen, die in Berlin lebten und in Institutionen Deutsche Stiftung und Deutsche Volksmittelstelle andere Pläne vorbereiteten, nach denen Olsagebiet, sonst auch Teschner Korridor genannt, ein Bestandteil von Deutschland werden sollte. Die slawische Bevölkerung wurde in verschiedenen propagandistischen Drucken als zwar slawisch sprechend aber deutsch gesinnt bezeichnet. Das waren die berüchtigten Theorien von Friedrich Lange, Karl Lamatsch, Kurt Witt und weiterer über Schlonsaken, Goralen, Lachen, Walachen, Hanacken, Wasserpolen usw.²¹

Die Gewerbebank, die die Aktien der Berggewerkschaft Steinkohlenbergwerke Orlová-Lazy (Orlau-Lazy) besaß, arbeitete nach dem 15. März 1939 für den Wiederanschluß von Olsagebiet an das Protektorat²².

Im Oktober 1939 erarbeitete die Sudetengauleitung ein Memorandum, in dem der Anschluß von Olsagebiet (Teschen) und dem Rest des Ostrauer Gebietes zum Sudetengau, konkret zum Regierungsbezirk Troppau (Opava), der als Erbe des österreichischen Schlesiens sowohl in volkspolitischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht galt, gefordert wurde. Diese Argumentation wurde darausgefolgert, daß das Gebiet von Ostrava und auch Těšín auf das Sudetengebiet und damit auf Wien orientiert sei, und man sprach diesem Gebiet die Zusammengehörigkeit mit dem Oberschlesischen Industriegebiet ab. Die ökonomische Argumentation war zutreffender, denn ehemalige Heileinnachfolger verwiesen auf den Zufluß von Arbeitskräften aus dem Sudetengebiet (sog. Grenzgänger) in den Industriekern in Moravská Ostrava (Mährisch Ostrau) und auf die Abhängigkeit dieses Gebietes von den Rohstoffquellen und von den Beziehern der Halbfabrikate im Sudetengebiet²³.

Ähnlich argumentierten auch der Reichsprotektor von Neurath und der Präsident des Protektorats Hácha, die gern die Rückkehr vom Olsagebiet (Teschen) ins Protektorat gesehen hätten. Ihre Begründungen können jedoch nicht als ausschlaggebend betrachtet werden²⁴.

Dagegen der Gauleiter von Breslau Josef Wagner und sein Stellvertreter Fritz Bracht vertraten die Ansicht, das ganze besetzte Oberschlesien einschließlich des Teschner Gebietes (Těšínsko) nach dem Stand von 1. September

²¹ A. Grobelný, *Český Těšín — sídlo německě irredenty v letech 1938 - 1939*. In: Těšínsko 1970, Nr. 4, S. 57 - 58. A. Grobelný, *K úloze dr. Harbicha na Těšínsku na podzim 1938*. In: Těšínsko 1975, Nr. 3, S. 4 - 6.

²² V. Plaček, *Ostravská průmyslová oblast v letech 1938 - 1945*. In: Průmyslové oblasti, Bd. 3, S. 22 - 23, Opava 1971.

²³ Ibidem, S. 23.

²⁴ A. Grobelný, *Nápor nacistů na Těšínsko v roce 1939*. In: Časopis Slezského muzea Serie B, XIX, Ostrava 1970, S. 128 - 138.

1939 zur Provinz Schlesien anzuschließen, ähnlich wie auch alle östlichen Teile des Sudetengaus, die ehemals zu Schlesien gehörten, dh. die Gebiete von Opava (Troppau), Bruntal (Freudental), Frývaldov (Freiwaldau). Dagegen erhob jedoch nachdrücklich Einspruch die sudetendeutsche Führung der NSDAP aus Befürchtung, die Ostsudeten könnten nur zu einem belanglosen Anhängsel des oberschlesischen Industriegebietes werden. In diesem Zusammenhang fiel der Vorschlag zur Gründung eines mährischen Gaus, an der Spitze mit dem historischen Hauptzentrum Olomouc (Olmütz)²⁵.

Ing. Rudolf Wiesner aus Bielitz (Bielsko), sonst früherer Leiter der Jungdeutschen Partei in Polen, setzte sich für die Schaffung eines Ostrauer Gaus ein, dessen Zentrum das Ostrau-Karviner Kohlenbecken sein sollte, und wo auch die Kreise Bielitz und Skotschau mit einbezogen werden sollten. Dieser neue Gau hätte etwa 1 300 000 Einwohner²⁶.

Auch der Ostrauer Oberlandrat blieb nicht zurück und äußerte seine Ansicht auf die Gestaltung des Ostrauer Raums. Er berief sich auf die Meinung der Industriekreise in Moravská Ostrava (Mährisch Ostrau) und in Těšín (Teschen), die sich darin haben einigen sollen, daß das Ostrau-Karviner Revier unter allen Umständen zusammengehörig sei. Dabei betonte er ökonomische Momente und die Tatsache der Arbeiterzufuhr. Er bestritt Zusammenhänge und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit des Ostrauer und des oberschlesischen Gebietes und wies auf die starke Kooperation der Ostrauer Industrie und der Protektoratsindustrie hin, wobei die Beziehung der Eisenwerke Vítkovice zu den Škoda-Werken in Plzeň (Pilsen) dominierte. Der Oberlandrat konkretisierte seine Vorstellungen durch die Abgrenzung einer eventuellen Verwaltungseinheit in den Grenzen des Ostrauer Protektoratsgebietes und der Gebiete von Těšín (Teschen), Hlučín (Hultschin), Nový Jičín (Neutitschein), Bruntal (Freudental) und Krnov (Jägerndorf), darüber hinaus noch das Gebiet von Olomouc (Olmütz) und der ganzen Hana. Der Ostrauer Gau würde das zerstückelte Gebiet wieder konzentrieren und hätte etwa 2,200 000 Einwohner²⁷.

Das entscheidende Wort hatte schließlich die Deutsche Volksmittelleitung, Stütze der Waffen SS, die sich zu dem Vorschlag von Fritz Bracht neigte, das Olsagebiet (Teschen) im Rahmen des Regierungsbezirkes Katowitz (Katowice) ließ, und alle anderen territorialen Veränderungen, zu denen es im Herbst 1938 kam, respektierte.

Die Existenzbedingungen des Ostrauer Industriegebietes veränderten sich nach dem März 1939. Ihr Potential wurde zum direkten Bestandteil der Reichsökonomik, die immer mehr den Kriegsvorbereitungen unterstellt wurde. Das führte schwerwiegende wirtschaftliche, politische und soziale

²⁵ *Die Vergangenheit warnt*, S. 78 - 82.

²⁶ V. Plaček, *Ostravská průmyslová oblast v letech 1938 - 1945*, S. 24.

²⁷ *Die Vergangenheit warnt*, S. 78 - 82.

Folgen herbei. Es betraf natürlich auch die Wirkung des Gebietes innerhalb und außerhalb des Protektorats und die Verhältnisse im Gebiet selbst.

Für die Besatzungsmacht hatte das Ostrauer Industriegebiet einen riesigen wirtschaftlichen Wert. An erster Stelle durch die Förderung von koksfähiger Kohle. Von der geförderten Kohlenmenge und von der Koksproduktion war die Roheisenproduktion im Ort abhängig, weiter auch die Produktion von elektrischer Energie und schwerer Chemikalien, das bedeutet also aller Industriezweige, die den schnellen Emporstieg der Rüstungsbetriebe bestimmten.

Die Bedeutung des Ostrauer Industriegebietes für die deutsche Ökonomik und für die Kriegspläne änderte sich ab. Eine andere Situation war in den ersten Tagen der Okkupation, eine andere in der Zeit des Überfalls der Sowjetunion, eine wiederum andere im Jahre 1943 und eine noch andere in den Endphasen des Krieges, wo das Ostrauer Gebiet bis in die letzten Tage den Kriegszielen diente. Die Bedeutung des Ostrauer Gebietes stieg parallel mit dem Rückgang der Produktionskapazität in den westlichen Teilen des faschistischen Deutschland, und gleichermaßen auch mit der Verringerung des allgemeinen Wirtschaftspotentials des Dritten Reiches²⁸.

Auf dem Gebiet des Protektorats wurden Industriebetriebe und andere wirtschaftliche Institutionen auf die Weise germanisiert, daß die Faschisten ihre eigenen Exponenten in leitende Funktionen einsetzten, oder zwangsweise die Aktienmehrheit gewannen. Es ermöglichte zahlreiche Maßnahmen, die sie sehr bald nach der Besetzung der tschechischen Länder trafen. Weiter gab es die Arisierung jüdischer Unternehmen, erzwungene Transaktionen und weitere Möglichkeiten der Zwangsverwaltung. Die Germanisierung wurde auch in der Betriebsbelegschaft angewendet. In erster Reihe wurden Beamte ausgetauscht, später zahlreiche tschechische Arbeiter in deutsche Betriebe geschickt. Germanisierungsbemühungen gelangten auch in den Handel, ins Gewerbe und in die Landwirtschaft. Am wenigsten war es im Protektoratsgebiet von Ostrava bemerkbar, etwas mehr im Sudetengebiet und im Olsagebiet (Teschen)²⁹.

Diese Macht- und Germanisierungsvorgänge ermöglichten es den Nationalsozialisten auf besetztem Gebiet entscheidende Positionen der Wirtschaft zu beherrschen und diese voll in Dienste der Kriegsmaschinerie einzuschalten. Gleichzeitig bedeutete es, daß sie die Ökonomik der besetzten Gebiete den Verhältnissen der Reichswirtschaft anpaßten. So regulierten staatliche Organe mittels der Arbeitsämter die Bewegung der Arbeitskräfte, regelten das Niveau der Preise und Löhne und griffen auch weiter in die Betriebe ein bis zur Festsetzung der Produktionskontingente. Das nationalsozialistische Lenkungssystem und Eingriffe ins private Unternehmen regte zwar die Entfaltung der Produk-

²⁸ V. Plaček, *Ostravská průmyslová oblast...*, S. 12 - 13.

²⁹ *Ibidem*, S. 13 - 15.

tion an und beseitigte die Arbeitslosigkeit, andererseits jedoch korrigierte es die Industriestruktur zu Ungunsten jener Industriezweige, die nicht den neuen Verhältnissen, d.h. der Vorbereitung und Führung des Krieges entsprachen. Dadurch gelangten vor allem Dienstleistungen in den Hintergrund, ein Teil der Konsumgüter- und Leichtindustrie und bald auch das Bauwesen.

Der industrielle Umgestaltungsprozeß im Ostrauer Industriegebiet verlief im Grunde bereits am Anfang des sogenannten Blitzkrieges. Das heißt, daß die Jahre 1940 - 41 eine Schlüsselbedeutung für die ökonomische Umgestaltung dieses Gebietes hatten. Später kamen zwar neue Modifikationen, jedoch es handelte sich nicht mehr um grundlegende Veränderungen im nationalsozialistischen Wirtschaftssystem.

In erster Reihe handelte es sich um eigentumsrechtliche Kapitalverschiebungen, mit deren Hilfe starken reichsdeutschen Konzernen die Vorherrschaft in den größten Industriekomplexen gesichert wurde. Die wichtigsten Positionen im Ostrauer Industriegebiet hatte der Konzern Göring-Werke, der restlos die Witkowitz Berg- und Hüttengewerkschaft, Ferdinands-Nordbahn und mit der voll oder teilweise die Böhmisches-Mährischen Stickstoffwerke, Komanditgesellschaft Julius Rüttgers, den Kalksteinbruch in Stramberg, die Ziegelei in Mor. Ostrava (Mährisch Ostrau) und die Tiefbohraktiengesellschaft, vormals Fauck-Schenk beherrschte. Die Deutsche Bank in Berlin beherrschte den Konzern Berghütte in Teschen und seine Schwestergesellschaft Berg- und Hüttengesellschaft im Protektorat, die Böhmisches-Mährische Oderschiffahrtgesellschaft, die Böhmisches Kohlenhandelsgesellschaft Union in Mor. Ostrava (Mährisch Ostrau), die Nordbahn, die Julius-Rüttgers-Werke, Eisenwalzwerke in M. Ostrava-Přivoz. Weiter setzten sich die Kreditanstalt — Bankverein aus Wien, die Dresdner Bank, die Kölnische Gummifädenfabrik, Mannesmann und weitere durch³⁰.

Eine zweite Eingliederungslinie des Ostrauer Industriegebietes in das ökonomische Leben des Dritten Reiches stellte die rechtliche und organisatorische Sicherung des Aufbaus vom nationalsozialistischen Modell der gelenkten Wirtschaft dar. Die Aufgabe der zentralen Lenkung und Planung, Einschränkung des freien Wettbewerbs, des Marktes usw. — die Grundzüge des nationalsozialistischen ökonomischen Modells galten für das ganze Reich und auch für alle besetzten Gebiete. In dieser Hinsicht wurden die Reichsgesetze nur leicht adaptiert und den einzelnen Okkupationssphären angepaßt. Die Aufgabe der Überführungshebel erfüllten nicht die staatlichen Organe, sondern besondere, zu diesem Zweck errichtete Zentralverbände, respektive Wirtschaftskammern³¹.

³⁰ H. Radandt, *Podílý německých koncernů na podnikách v Československu v letech 1938 - 1945*. In: Průmyslové oblasti, Bd. 3, Ostrava 1971, S. 154 - 203.

³¹ N. Pavelčíková, *K problematice vývoje ostravské průmyslové oblasti v letech nacionalistické okupace*, S. 121 - 122. Manuskript.

Im sogenannten Protektorat verlief es etwas anders. Die Okkupationsbehörden nutzten bereits bestehende Institutionen aus, die eine ganz neue Einstellung bekamen, oder deren Funktion erweitert wurde. Der Zentrale Industrieverband für Böhmen und Mähren wurde zu einer analogischen Institution wie die Reichsgruppe Eisen und verband obligatorisch alle Industriebetriebe. Er hatte große Vollmachten. Parallel neben ihm arbeiteten die anderen Wirtschaftsverbände und Institutionen. Bei einer Sitzung der Regionalen Gruppe dieses Verbandes am 17. Februar 1941 in Mor. Ostrava verriet ihr Vorsitzender Ing Kuchinka, daß der im Protektorat liegende Teil des Ostrauer Industriegebietes trotz schwerer Eingriffe im Jahre 1938 auch weiterhin stark an der Gesamtindustrieproduktion im Protektorat beteiligt war. Unter anderem mit 97% in der Koksproduktion, mit 70% in der Steinkohlenförderung, mit 67% in der Roheisenproduktion und mit 52% in den Walzprodukten. Auch der Anteil der chemischen Industrie an der Protektoratswirtschaft war nicht unbedeutend. Der Absatz der Schwerindustrieprodukte aus dem Ostrauer Industriegebiet bot folgendes Bild: Roheisen wurde nur im kleinen Ausmaß ins Reich ausgeführt, die Mehrheit wurde auf dem Protektoratsgebiet verarbeitet. Walzstahlprodukte einschließlich Rohre wurden aus 10% ins Ausland exportiert, aus 25% ins Reich und ins Sudetengrenzgebiet und aus 65% im Protektorat verbraucht. Insgesamt wurden die Produkte der Eisenschaffenden Industrie von 80% auf dem Gebiet des Protektorats verbraucht (10% davon waren für den indirekten Export bestimmt) und 20% wurden exportiert³².

Die Funktion der Handels- und Gewerbekammern hat sich im Vergleich zu früher nicht viel verändert. Diese Kammern blieben als Beratungsorgane erhalten, die bei der normformenden und leitenden Tätigkeit nur mitwirkten. Der kollektive Charakter der Präsidien in den Industriegruppen entsprach nicht ganz dem Führerprinzip. Die Titel mancher Institutionen entsprachen nicht ganz den Titeln der adekvaten Reichsorganisationen. Davon zeugen kleinere Abweichungen im Organisationsschema des Protektorats³³.

Dies alles bedeutete jedoch nicht, daß diese Unterschiede von grundlegendem Charakter gewesen wären. Die Protektoratswirtschaft war vom Reich direkt abhängig, und ihre Abhängigkeit wuchs mit den Jahren nur an, so daß zentrale Reichsinstitutionen die Möglichkeit hatten direkt in die Produktionsentwicklung im Protektorat einzugreifen. Eigentumsrechtliche und organisatorische Abänderungen waren nur eine Grundbedingung für die Ausbeutung des ökonomischen Reichtums vom Ostrauer Industriegebiet. Maximale

³² Der Neue Tag III, Nr. 49, Prag 18. 2. 1941, S. 8, Wirtschaftstagung in Mährisch-Ostrau der Regionalen Gruppe des Zentralverbandes der Industrie.

³³ V. Průcha, *Základní rysy nacistického hospodářství v českých zemích v letech nacistické okupace*. In: *Historie a vojenství* 1967, Nr. 2, S. 215 - 239, siehe ins. S. 225. — F. Potužil, *Řízené hospodářství v českých zemích*. Praha 1941, S. 7 ff.

Produktionsergebnisse mußten mit Hilfe extensiver Methoden und ohne größere Investitionen gemeistert werden.

Einen fast eindeutigen Standpunkt nahmen die nationalsozialistischen Behörden zur Frage der Ausnützung vom Steinkohlenreichtum im Ostrauer Revier ein. Möglichkeiten einer Entwertung oder übermäßigen Erschöpfung der Kohlenvorräte wurden nicht erwägt. Die Nationalsozialisten zogen scheinbar einen Gewinn von viel größeren Vorräten in Betracht, so daß sie die Folgen dieser Ausbeutungsmethoden gar nicht beunruhigten.

Während im Jahre 1938 im ganzen Ostrau-Karwiner Revier 11,871 000 Tonnen gefördert worden sind, stieg die Förderung im Jahre 1940 auf 16,563 696 Tonnen und im Jahre 1943 sogar auf 20,435 980 Tonnen. Auf ähnliche Weise wuchs die Produktion von Koks: im Jahre 1938 2,459 700, im Jahre 1940 3,658 204 Tonnen und im Jahre 1943 bereits 4,209 070 Tonnen. Kokereien gehörten zu jenen Industrieobjekten, denen die Nationalsozialisten erhöhte Aufmerksamkeit und Sorge schenkten, denn den Koks brauchten sie dringend zur Erweiterung der Rüstungsproduktion. Aber auch hier nützte man maximal die bestehenden Kapazitäten aus und steigerte das Zwangsarbeitssystem. Trotzdem ließen die Faschisten im ganzen Revier 12 neue Koksbaterien aufbauen mit der Gesamtzahl von 467 Koksöfen³⁴.

Analogisch gingen die Nationalsozialisten auch in anderen Industriezweigen vor. Die Eisenwerke Vitkovice erbauten unter ihrem Druck neue Betriebe in Kunčice — der sogenannte Südbau, die Eisenwerke Třinec bauten ein zweites Stahlwerk, ein neues Gußstahlwerk, erweiterten das Kraftwerk und die mechanische Werkstätte. In der Tatra Kopřivnice (Nesselsdorf) wurde die Gießerei umgebaut und eine neue Montagehalle errichtet, der Maschinenpark wurde erneuert und die Werkskommunikation gelöst³⁵.

Wenn die Faschisten in der Kohlenförderung höhere Leistungen bei so beschränkten Möglichkeiten erreichen konnten, dann war es in der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie viel komplizierter. Man benützte auch extensiver Wirtschaftsmethoden, jedoch nicht so rasant wie im Bergbau. Führende Vertreter der eischaffenden Betriebe bemühten sich die hohe Arbeitsproduktivität zu erhalten und ließen es vorerst nicht zu, daß sich die Produktion auf Kosten des hohen technischen Niveaus der Betriebe entwickelt.

Die Hüttenindustrie war von Anfang an im Blickfeld nationalsozialistischer Ökonome, jedoch auch die reichsdeutschen Konzerne, vor allem die Göring-Werke, ließen ihr Augenmerk nicht ab, von den einzelnen Betrieben, die

³⁴ A. Kozina, *Koksovny ostravsko-karvinských dolů*. In: *Technická práce na Ostravsku 1936 - 1946*, Ostrava 1947, S. 202.

³⁵ *Technická práce na Ostravsku 1936 - 1946*, S. 63, 274. — *Dějiny Ostravy*. Ostrava 1967, S. 517.

für sie nicht nur eine wertvolle Beute repräsentierten, sondern auch Vermittler für das Durchdringen ins südöstliche Europa waren. Es wurde bereits erwähnt eine solche Verbindung an die Eisenwerke Vítkovice, mit deren Hilfe, genauer gesagt mit Hilfe der deutschen Leitung dieser Eisenwerke, das Konzern in die Slowakei gelangte. Denselben Dienst erwies auch der Konzern Berghütte, der die Eisenwerke Trinec (Trzinec) und weitere Betriebe der Berg- und Hüttengewerkschaft auf dem Gebiet des Protektorats beherrschte.

Neben dieser Tatsache dominierte noch ein weiterer starker Faktor, nämlich die Eingliederung mancher Betriebe in sogenannte W-Betriebe, wodurch ihre Wichtigkeit sowohl vom wirtschaftlichen als auch militärischen Standpunkt bezeichnet wurde. Bis Ende März 1941 wurden im Umkreis des Oberlandrats von Moravská Ostrava (Mährisch Ostrau) mehr als 80 Betriebe ins Verzeichnis dieser W-Betriebe eingereiht. Die Hälfte davon bildeten Bergwerke, Eisenwerke, Maschinenbauwerke, zehn Prozent chemische Betriebe. Den restlichen Anteil hatten Betriebe der Leichtindustrie, denen es geschickt gelang Kriegsaufträge zu gewinnen.

Die Stellung als W-Betrieb war jedoch in manchen Fällen nicht von Dauer. Es ist klar, daß neben den ständig oder zeitweilig wichtigen Betrieben noch zahlreiche kleine Betriebe der Leichtindustrie, vor allem der Verbrauchsgüterindustrie ihre Tätigkeit entwickelten. Diese waren dauernd durch Arbeitskräftemangel bedroht, denn die Arbeitsämter nahmen ihnen mehr Arbeiter ab, als daß sie ihnen neue gestatteten, diese Betriebe litten auch an Mangel von Aufträgen, Rohstoffen usw. Am schlimmsten ging es diesen Betrieben seit 1942, als neue Maßnahmen erneut in die Struktur der Industrie im Ostrauer Gebiet eingriffen. Bis dahin arbeiteten nämlich noch große Fachgruppen an wichtigen Projekten, wie Oder-Donau-Kanal, Ferngasleitung Oberschlesien-Ostrava-Wien, ein weitgehender Umbau des Ostrauer Gebietes und Oberschlesiens mit modernen Wirtschaftskomplexen. Nun begann sich die praktische Investitionspolitik der Okkupanten auf Hütten- und Rüstungsbetriebe zu beschränken. Im Prinzip handelte es sich um die Verwirklichung der Grundforderungen, mit deren Hilfe man die Produktion auf ursprünglicher Höhe hätte erhalten können.

So hat man beispielsweise in der Karlshütte 1940 für 5,5 Millionen Kronen investiert, später wurden jedoch die Investitionsmittel stark geschwächt und außerdem auf unumgängliche Reparaturarbeiten und zur Anschaffung von Zusatzeinrichtungen zersplittert. In den Eisenwerken Vítkovice wurde im Jahre 1940 ein neuer Gasbehälter beendet, und bis 1942 wurde weder ein größerer Bau durchgeführt noch etwas modernisiert oder neue technologische Verfahren eingeführt. In den Chemischen Werken in Hrušov (Hruschau) führte man 1940 die Produktion von Titanweiß ein. Die Investitionen in der Waggon- und Automobilfabrik in Kopřivnice (Nesselsdorf) wurden bereits

erwähnt. Wie es scheint, errang die größte Gunst die Ferdinand-Nordbahn-Gesellschaft, die den Bau der Gasleitung aus Mor. Ostrava (Mähr. Ostrau) nach Heydebreck durchführte, um die dortigen Betriebe zur Produktion von synthetischem Benzin zu versorgen. Die weiteren Ferngasleitungspläne fielen. Was die Versorgung reichsdeutscher Betriebe durch die Ostrauer Kokerei František (Franz) betrifft, entschieden „höhere Interessen“, das heißt das Reichswirtschaftsministerium, der Reichsinspektor für Wasser und Energie und die Machtposition des IG Farbenkonzerns, dem die Betriebe bei Heydebreck gehörten³⁶.

Ein überzeugender Beleg für schnelle und ziemlich erfolgreiche Eingliederung des Ostrauer Industrie potentials in die reichsdeutsche Kriegswirtschaft ist das schnelle Anwachsen der Rohstoffproduktion und der kriegswichtigen Industrieproduktion bereits in der Anfangsperiode der Okkupation. In dieser Richtung wies der Protektoratteil vom Ostrauer Gebiet die besten Ergebnisse auf. Dies gehörte natürlich nicht zu den Verdiensten der Okkupanten. Folgen des gut konsolidierten Zustandes im Ostrauer Gebiet, der gute Zustand der Industriekapazitäten (bisher noch nicht vom Krieg beschädigt), die Situation auf dem regionalen Markt, die Befürchtungen der tschechischen Bewohner von der weiteren politischen Entwicklung — das waren Faktoren, die es den Nationalsozialisten ermöglichten erhöhte Forderungen an ein schnelles Produktionswachstum zu stellen. Der größte Druck wurde auf die Ostrauer Bergwerke ausgeübt, deren Förderung in den Jahren 1938 - 1941 um volle 47% gewachsen ist. Dieser Entwicklungstrend blieb auch in den folgenden Jahren behalten, obwohl die allgemeine Leistungsfähigkeit der Bergleute sank:

Jahr	Kohlenförderung	%	Gesamtleistungen Tonnen	%
1938	4,653 900	100	1 455	100
1941	6,839 390	147	1 251	86
1942	7,115 760	152,9	1 254	84,8
1943	7,310 410	157,1	1 187	81,6

Es ist daraus ersichtlich, daß sich der Förderungsumfang bis 1943 um 57% erhöhte, während die Arbeitsleistung der Bergleute um 18,4% zurückging. Dieser Widerspruch wurde im Ostrauer Revier durch einige Faktoren bestimmt. In erster Reihe kamen in einem immer größeren Maße Extensiv- und Plünderungsförderungen zur Geltung, weiter steigerten sich einerseits die Zwangsarbeiten, andererseits verschlimmerte sich der Zustand der Belegschaft.

³⁶ N. Pavelčíková, zit. Manuskript, S. 125 - 129. — A. Grobelný, *Československé průmysl a nacistické Německo*. In: *Zájem říšskoněmeckých koncernů o československé průmyslové oblasti*. Opava 1974, S. 107 - 111.

Da die Bergbauunternehmer die auf den Umfang der Förderung gestellten Forderungen erfüllen wollten, mußten sie die technisch-ökonomischen Förderungsbedingungen den neuen Umständen anpassen. Es wurden größere und betriebsmäßig ausgiebigere Schichten ausgehauen, Vorbereitungs- und Erschließungsarbeiten wurden beschränkt, so daß im Jahre 1943 ihr Anteil an durchgemachten Arbeitsschichten nur 8 - 10% statt der früheren 10 - 25% bildete. Dadurch verringerten sich die Kohlenvorräte so schnell, daß man den Folgen mit großer Besorgnis entgegensah. Die Bergbauunternehmer kompensierten wenigstens teilweise die durch den Leistungsabfall verursachten Verluste. Die beste Quelle zur Förderungserhöhung sahen die Bergbauunternehmer in der ansteigenden Zahl der Belegschaft. Im Ostrauer Bergwesen stieg die Anzahl der Arbeiter im Vergleich zu 1938 auf 17 594 (das heißt um 42,6%) im Jahre 1940, auf 17 669 im Jahre 1941, auf 20 226 im Jahre 1942 und auf 21 363 im Jahre 1943, was bereits 73,1% darstellte. Es gelang zwar den Förderungsumfang um 57,1% erhöhen, jedoch die Arbeiterzahl im Bergwesen erhöhte sich in einem viel bedeutenderem Maß. Mit dem Wachstum der Belegschaft sank jedoch die Qualifizierung. Bei jungen Bergarbeitern stellte die Durchschnittsleistung nur 80% von der Leistung eines qualifizierten Bergarbeiters dar³⁷.

Vom Jänner 1944 bis Ende April 1945 verschlechterten sich die technisch-ökonomischen und sozialpolitischen Förderungsbedingungen auch weiterhin. Die Bergbauunternehmer verloren Kontrolle über ihre Betriebe und gerieten in noch größere Abhängigkeit von den Okkupanten. Anfang 1944 erklärte das Oberkommando der Wehrmacht, bis zum Jahresende müsse die Kohlenförderung um 57% gesteigert werden, sonst könne die deutsche Armee kein ernsthafter Gegner für sowjetische und anglo-amerikanische Armeen sein. Diesem Befehl begann sich alsbald auch die Protektoratswirtschaft zu unterordnen.

Die Direktorenkonferenz der Ostrauer Bergwerke behauptete diese Aufgabe erfüllen zu können. Sie forderte nur weitere Arbeitskräfte, und zwar etwa 3000 Bergarbeiter zur Förderung, zu Vorbereitungs- und Öffnungsarbeiten und etwa 5000 Bergleute zur Deckung des vorausgesetzten Abfalls. Nur die Quellen der Arbeitskräfte im Wirkungskreis der Ostrauer Behörden waren erschöpft, so daß diese Forderung der Förderer nicht real war.

Dieses war jedoch nicht die einzige Bremse der Kohlenförderung. Im Jahre 1944 begannen sich die Folgen der Plünderungsförderung bemerkbar zu machen, und so mußte man eine viel größere Arbeiterzahl für Vorbereitungs- und Öffnungsarbeiten bereithalten. Negative Wirkungen zeigten sich auch im Bergbauverkehr, in Maschineneinrichtungen, in der Tätigkeit der Grubenkompressoren, deren Kapazität der Zubringung von komprimierter

³⁷ V. Plaček, *Ostravský kamenouhelný revír v době nacistické okupace*, S. 56 - 59.

Luft mit den erhöhten Förderungsansprüchen nicht Schritt halten konnte. Für die Instandhaltung der abgebrauchten Einrichtungen mußten weitere Arbeitskräfte freigemacht werden. Das Arbeitsamt war nicht im Stande die geforderten Arbeiter herbeizuschaffen, auch wenn es alle junge männliche Arbeitskräfte bis zu 35 Jahren von allen anderen industriellen und nichtindustriellen Unternehmen abgezogen hatte. Nicht einmal durch den Einsatz von amnestierten Häftlingen, von Mittelschulstudenten und von gefangengenommenen vom Totaleinsatz im Reich geflohenen jungen Leuten konnte man die geforderte Zahl der Arbeitskräfte sichern³⁸.

Ab 1945 vertiefte sich der fortschreitende Zersetzungsprozeß im Ostrauer Revier. Im Jänner sank der Förderungsumfang im Vergleich zu 1943 um 22,5% in Februar um 35% und im März und April 1945 erreichte die Förderung nicht einmal die Hälfte des vorausgesetzten Niveaus. Die Nationalsozialisten, für die jetzt das Ostrauer Gebiet eine immer größere Bedeutung gewinnt, versuchten vergeblich eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Aufruf zur friedlichen Arbeit, Drohungen, Absenteurenverfolgung — das alles waren nur noch verzweifelte Versuche, die rollende Lawine der militärischen Katastrophen aufzuhalten. Nicht einmal der persönliche Aufruf und Befehl von Karl Hermann Frank half, nicht einmal der Befehl des Protektoratsministers für Wirtschaft und Arbeit, Dr Bertsch, eines Reichsdeutschen, zur Erhöhung der Förderung und der Leistungen. Die Nationalsozialisten gelangten in eine ausweglose Situation. Rundschreiben und Aufrufe verschiedener Ämter und Institutionen desorientierten die Betriebsleitungen im Ostrauer Gebiet. Auch Bergwerksunternehmen und Rüstungsbetriebe mußten ja Verschanzungen am sogenannten Ostwall graben. Sogar Bergarbeiter arbeiteten für diese Kriegszwecke 25 Tausend Schichten und das ist schon bedeutend viel³⁹.

Sehen wir uns nun kurz einige Entwicklungstrende des größten Rüstungsbetriebes im Ostrauer Gebiet — der Eisenwerke Vítkovice. Im Jahre 1940 schrieben die Okkupanten dem Witkowitzter Unternehmen eine um 22,3% erhöhte Lieferung vor. Eine ungewöhnlich große Erhöhung fiel auf das Rohrwalzwerk und auf den Maschinenbau zu. Dabei bezogen sich 14% des gesamten Absatzes unmittelbar auf Wehrmachtslieferungen. Zustellungen von Kriegsmaterial verliefen dann auch weiterhin und im Jahre 1941 erhöhte sich der Anteil Deutschlands am Produktenabsatz der Eisenwerke um 129%. Die steigende Kriegsmaterialnachfrage führte schließlich zum Preisausgleich mit der reichsdeutschen Produktion, und zwar auf dem Gebiet der Produktion von Roheisen, Walzwerkprodukten, Rohren und Stahlschmiedeeisen. Das verur-

³⁸ Ibidem, S. 72 - 74.

³⁹ Ibidem, S. 77 - 79. — Aufruf des K. H. Frank siehe bei O. Káňa — J. Michňák, *Ostravsko v době nacistické okupace*. Ostrava 1962. Beilage Nr. 34.

sachte die heftige Entfaltung der Produktion im Stahlwerk, im alten Stahlwerk und im Walzrohrwerk, wo die Spitzenergebnisse des Konjunkturjahres 1929 überschritten wurden.

Die Produktion in den Eisenwerken Vítkovice entwickelte sich auch weiterhin, jedoch nach dem Überfall der Sowjetunion, vor allem seit 1942 nicht mehr so stürmisch wie in den ersten zwei Jahren der faschistischen Okkupation. Zu dieser Zeit begannen die Leistungen der Arbeiter zu erschwächen, vor allem aber begannen sich die ersten Hindernisse und Störungen in der Rohstoffversorgung zu äußern. Die Hochöfen erreichten zwar eine Erhöhung von 5,2%, jedoch ihre Tätigkeit mußte beschränkt werden, denn Lieferungen der erbeuteten sowjetischen Eisenerze aus dem Gebiet Krivoj Rog gerieten infolge der Kriegsoperationen immer mehr ins Stocken. Zu ähnlichen Schwierigkeiten kam es auch beim Transport von Dolomit, womit das Erzeugungsprogramm im Neuen Stahlwerk gestört wurde. Zur erhöhten Produktion trug vor allem der erhöhte Beschäftigungsgrad im Walzwerk, und im alten Stahlwerk bei.

Auch im Jahre 1943 wurden unter diesem Druck Rekordproduktionen besonders bei Hochöfen und im alten Stahlwerk erzielt. Um ein Jahr später wuchsen die Schwierigkeiten an. Das zeigte sich nicht nur am Mangel von qualifizierten Arbeitskräften, sondern auch an wachsenden Schwierigkeiten in der Strom-, Gas-, Kohle- und Rohstoffversorgung. Besonders ungünstig wirkte sich auf die Produktion in den Eisenwerken Vítkovice die beschränkte Rohstoffzufuhr aus den Nebenwerken in der Slowakei⁴⁰. Die Gruben hier gelangten vorübergehend im Herbst 1944 in die Macht der Partisanen und hörten auf Mangan- und Kupfererz in die Eisenwerke Vítkovice zu liefern. Nur ein außerordentlicher Einkauf von Erz aus Schweden rettete die Eisenwerke vor der Produktionsreduktion, denn der Betrieb sicherte außer der augenblicklich gebrauchten Menge auch noch solide Vorräte⁴¹.

Bedeutende Schwierigkeiten rief das Fliegerbombardieren der Eisenwerke in Vítkovice seit Ende August 1944. Die Schäden wurden damals auf 34 Millionen Kronen berechnet. Alle Objekte wurden jedoch schnell renoviert, so daß der Gang des Betriebes erneuert werden konnte⁴². Spätere Fliegerangriffe verursachten nur kleinere Schäden. Viel unangenehmer waren Zeitverluste bei den sich häufig wiederholenden Fliegeralarmen. Trotzdem sank die Produktion in den Eisenwerken Vítkovice im Jahre 1944 nur um 6,7%, in der Witkowitzter Kokerei um 5,7%, in der Kokerei Karolina um 4,5% im Walzwerk

⁴⁰ C. Nečas, o.c., S. 52 - 54.

⁴¹ A. Grobelný, *Pět německých dokumentů o Slovenském národním povstání*. In: Slezský sborník Jg. 72, Opava 1974, S. 245 - 257. — C. Nečas, o.c., S. 54.

⁴² J. Matýsek, *Bombardování Mor. Ostravy v letech 1944 - 45 ve světle archivních dokumentů*. In: Ostrava. Sborník k dějinám a výstavbě města, Bd. 5, Ostrava 1969, S. 217 - 222. — C. Nečas, o.c., S. 55.

um 2,4% und im Stahlwerk nur um 1,6%. Deshalb blieben die Eisenwerke Vítkovice bis zum Kriegsende eine starke Stütze der Protektoratindustrie und damit auch der deutschen Kriegsmaschinerie, die ihre ökonomische Basis im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und ab Jänner 1945 auch in Oberschlesien verlor. Nach Oberschlesien gelangte bereits die vordringende Sowjetische Armee, von der die Faschisten westwärts getrieben wurden⁴³.

Eine besondere Episode in der Geschichte der Witkowitzer Eisenwerke zur Zeit der faschistischen Okkupation bedeutet der sogenannte Südbau in Kunčice. Dieser Südbau sollte nach Vorkriegsplänen, die jedoch eine ganz andere Bestimmung hatten, gebaut werden. Als im Jahr 1941 Marschal Göring als Bevollmächtigter für den faschistischen Vierjahresplan eine Gesamterhöhung der Stahlproduktion in den Witkowitzer Eisenwerken auf 2 Millionen Tonnen jährlich anordnete, begannen Verhandlungen zwischen Exponenten der Göring-Werke und der Witkowitzer Berg- und Hüttengewerkschaft über die Konkretisierung der Vorstellungen vom Bau eines neuen Betriebes. Man rechnete mit einer riesigen Kapazität und einer ungewöhnlichen Großzügigkeit, jedoch die Kriegsverhältnisse zwangen zu einer weit größeren Nüchternheit. Der Befehl militärischer Organe vom Bau eines Munitionsbetriebes wurde im Juli 1941 erteilt, der Bau sollte im Jahr 1942 eröffnet und im Herbst 1943 beendet werden. Das Genehmigungsverfahren stieß jedoch auf eine Reihe von Verzögerungen, und erst nach einer definitiven Genehmigung konnten die Projektionsbüros der Göring-Werke an die Verfertigung des Bauvorschlages herangehen. Baumaterialmangel, störende Luftangriffe und vor allem der Arbeitskräftemangel verschoben die ursprünglichen Bautermine und das ganze Arbeitsregim. Durch das Nichteinhalten des geplanten Bauumfangs war das ganze Produktionsprogramm des neuen Betriebsteils gestört. Hier sollten Panzerabwehrgranaten, ab Ende 1944 schwere Sprenggranaten, später Hüllen und Bestandteile der Geheimwaffen für Peenemünde erzeugt werden. Insgesamt wurde die Produktion im Südbau nur aus einem Viertel erfüllt, seit Anfang 1945 sogar nur noch mit 10 - 12% erfüllt. Entscheidend war auch hier der Mangel an maschineller Ausstattung, ferner verspätete Maschinenlieferungen, Mangel an fachlich ausgebildeten Arbeitern und natürlich auch der passive Widerstand tschechischer Arbeiter gegen die Kriegsproduktion⁴⁴.

Wenn man die Ziele und Methoden des faschistischen Umbaus der Leichtindustrie im Ostrauer Gebiet überblickt, findet man, daß es den Nationalsozialisten vornehmlich um die Umdisponierung eines bedeutenden Teils der Produktionskräfte zugunsten der Kriegsproduktion ging.

⁴³ C. Nečas, o.c., S. 55.

⁴⁴ Historie výstavby a vzniku NHKG, Praha 1966, S. 11, 17 - 27. — J. Paclík, *Ke vzniku NHKG 1945 - 1948*. In: *Dějiny závodů v ČSSR*, Praha 1965, S. 71.

In der Schwerindustrie dagegen ging man nach der Etappe von Plünderung der Maschineneinrichtungen und einem erhöhten Druck auf Arbeitskräfte zu manchen Rationalisierungsmaßnahmen über. Zum Beispiel in den Jahren 1942 - 43 schrieb man dauernd über Rationalisierung. Die ganzen Rationalisierungsbestrebungen erschöpften sich jedoch mit dem Einkauf einiger neuer Einrichtungen und mit kurzfristigen Modernisierungen der Betriebe. Und damit endete es auch, denn die Industriebetriebe konnten ihren Maschinenpark nicht in dem Maße erneuern, wie sie es gebraucht hätten und wandten sich erneut zur Intensifizierung der Produktion durch erhöhte Werbung der Arbeiterbelegschaft.

Ein ähnliches Ende nahm auch die Investitionspolitik, die sich auf Schlüsselbetriebe beschränkte, wobei jedoch die Art der Investitionen nicht den wichtigsten Rationalisierungsbedingungen und der Intensifizierung des Produktionsprozesses entsprach⁴⁵. Pläne und Wirklichkeit gingen diametral auseinander nicht nur im Südbau der Witkowitz Eisenwerke, sondern auch in den Trzinec Eisenwerken, im Betrieb Albert Hahn in Bohumín (Oderberg) und in der Branka-Eisenhütte bei Opava (Troppau), sogar auch in der relativ gut ausgestatteten Automobilfabrik in Kopřivnice (Nesselsdorf). Ungelöst blieb auch der Aufbau von 8 Koksblöcken mit der Gesamtzahl von 467 Koksöfen, denn die Modernisierung der Kokerei hätte auch eine Modernisierung der Bergbaubetriebe vorausgesetzt. Ein ähnlicher Widerspruch der nationalsozialistischen Investitionspolitik kam auch in der chemischen Industrie zum Vorschein. Wenn auch die Produktionsbasis mancher Betriebe im Rahmen einzelner Gesellschaften und Konzerne erweitert worden ist, war es auf Kosten anderer existierender Betriebe und für den Preis großer Disproportionen in der Allgemeinentwicklung der chemischen Produktion⁴⁶.

Das Jahr 1943 auf dem Ostrauer Gebiet und seinem Hinterland könnte man als Höhepunkt betrachten in Hinsicht auf die Entfaltung der nationalsozialistischen Ökonomik und der Totalkriegsführung. Nachher sank schon die Produktion, brach zusammen, obwohl die Nationalsozialisten noch dies und jedes für die Rettung ihrer Positionen taten. Die Räder rollten nicht mehr für den Sieg, wie immer gern früher betonten, es wurde vielmehr ein Zusammenbruch der nationalsozialistischen Ära vorgezeichnet. Schon näherte sich der Epilog der berüchtigten Okkupationsjahre. Damals ließ sich sogar Adolf Hitler hören, der das Ostrauer Industriegebiet als Existenzangelegenheit des nationalsozialistischen Deutschland bezeichnete. Sein bekannter Aus-

⁴⁵ N. Pavelčíková, o.c., Manuskript, S. 149 - 150.

⁴⁶ J. Paclík, *O plánech výstavby Tříneckých železáren za nacistické okupace*. In: *Z dějin Tříneckých železáren*, Praha 1970, S. 191 - 192. — V. Král, *Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích*, Teil II, S. 167, Praha 1958. — N. Pavelčíková, o.c., Manuskript, S. 151.

spruch lautete: „Wenn ihr Mährisch Ostrau aufgibt, gebt ihr Deutschland auf. Mährisch Ostrau muß gehalten werden, koste es was es wolle!“⁴⁷

Und als es dann nicht mehr möglich war, die Stadt zu halten, ordneten militärische Organe alles für die Verwirklichung des Planes ARLZ, das heißt: Auflockerung aller Werte und ihr Abtransport nach Deutschland, Räumung, Lähmung oder Zerstörung aller Schlüsselbetriebe. In diesem Plan gelangte Ostrava an erste Stelle. Für die Lähmung und Zerstörung der Schlüsselbetriebe waren fast 180 000 Kilogramm Sprengstoff bestimmt. Für den Abtransport des Wertvollsten nach Deutschland 58 Eisenbahnwagen und 50 Lastkraftwagen. In den letzten Apriltagen 1945 vernichteten Mitglieder der Destruktionsabteilungen zahlreiche Einrichtungen in den Ostrauer Industriebetrieben und Kraftwerken, transportierten ab oder vernichteten Registraturen, vor allem geheime Korrespondenz und Pläne. Sie schafften jedoch nicht alles, denn die vordringende Sowjetarmee war ihnen im Rücken und in den Betrieben direkt beseitigten tschechische Arbeiter die vorbereiteten Sprengstoffladungen. So retteten die Truppen der Wehrmacht mit Not ihr eigenes Leben, ohne den Plan vom zerstörten Land verwirklichen können. Am 30. April 1945 besetzte die Sowjetische Armee Ostrava und somit praktisch das Zentrum des Ostrauer Industriegebietes. Damit endete auch die Herrschaft der Nationalsozialisten über dem ökonomischen Potential des ganzen Ostrauer Industriegebietes⁴⁸.

⁴⁷ *Za svobodu Československa. Kapitoly z dějin československé vojenské jednotky v SSSR za druhé světové války*, Bd. 2, S. 537, Praha 1960.

⁴⁸ O. Sládek, *Nacistický plán „spálené země“ na Ostravsku*. In: Ostrava. Sborník k dějinám a výstavbě města, Bd. 8, S. 67 - 102, Ostrava 1975.

